Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 7. Donnerstag, den 9. Januar 1919. 17. Jahrgang

Die

Deutsch-nationale Volkspartei

hält an dem Grundsatz der Privatwirtschaft fest. Die selbständigen kleinen und mittleren Betriebe in Stadt und Land sind zu vermehren. Den Mittelstand hält die Partei für ein wertvolles und unentbehrliches Glied in unserem Wirtschaftsleben.

Beitrittserklärungen sind zu richten an den Schriftführer, Herrn Verbandssekretär Ginnuth, Bergstr. 29.

Die neuen Steuern.

Die Einführung der neuen Reichssteuern, auch die Einziehung der Kriegsgewinne wird nicht im Verordnungswege erfolgen. Lediglich zur Vorbereitung der Kriegsabgabe der Gesellschaften ist eine Verordnung ergangen, durch welche die Bildung einer Kriegssteuerrücklage in Höhe von 80 vom Hundert des Mehrgewinnes (gegen bisher 60 vom Hundert) vorgeschrieben ist. Die Erhebung der Kriegsabgabe der Gesellschaften sowie der Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen wird auf Grund gesetzlicher Unterlagen erfolgen. Die im Reichsschatzamt bereits fertiggestellten Entwürfe sollen vor ihrer Verabschiedung der öffentlichen Kritik unterliegen und werden zu diesem Zwecke in nächster Zeit veröffentlicht werden. Unter der Voraussetzung, daß sich die verfassunggebende Nationalversammlung nicht nur mit Verfassungsfragen, sondern auch mit Finanzfragen zu beschäftigen hat, wird bei allen jetzt angekündigten Steuer-Vorlagen über die Einziehung der Kriegsgewinne der geordnete Weg parlamentarischer Behandlung beschritten werden. Die endgültige Entscheidung über die neuen Steuergesetze liegt, wie früher, bei den bundesstaatlichen Instanzen und der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes.

Bei der Kriegssteuer der Einzelpersonen sind, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, die gleichen Sätze wie bei der Mehreinkommensteuer und der Vermögensabgabe von 1918 in Aussicht genommen. Danach ist für 1919 eine Abgabe vom Mehreinkommen zu zahlen, wenn das Kriegseinkommen um mehr als dreitausend Mark größer ist, als das Friedenseinkommen und das Kriegseinkommen 13 000 Mk. übersteigt. Für die ersten zehntausend Mark des abgabepflichtigen Mehreinkommens beträgt die Abgabe fünf vom Hundert, für die nächsten angefangenen oder vollen zehntausend Mark 10 vom Hundert, für die nächsten dreißigtausend Mark 20 vom Hundert, für die nächsten 50 000 Mark 30 vom Hundert, für die nächsten 100 000 Mark vierzig vom Hundert. Für die weiteren Beträge, d. h. Beträge von mehr als 200 000 Mark 50 vom Hundert. Die Vermögensabgabe, von der Vermögen bis hunderttausend Mark einschließlich befreit sind, beträgt für die ersten 200 000 Mark 1 vom Tausend, für die nächsten angefangenen 300 000 Mark zwei vom Tausend, für die nächsten fünfhunderttausend Mark drei vom Tausend, für die nächste Million vier vom Tausend, für Vermögen von mehr als zwei Millionen fünf vom Tausend.

Die Abgabe vom Mehrgewinn der Gesellschaften nimmt als Höchstsatz 80 vom Hundert in Aussicht. Die Abgabe ermäßigt sich in Stufen nach unten unter Berücksichtigung der Höhe des Mehrgewinnbetrages und des Verhältnisses zwischen Mehrgewinnbetrag und Kapitalbetrag.

Die Abgabe vom Vermögenszuwachs der gesamten Kriegszeit soll die während der Kriegszeit eingetretene normale Kapitalbildung schonend behandeln, dagegen jede darüber hinausgehende Vermögensvermehrung, auch die in Schmucksachen, Möbeln und so weiter angelegten Kriegsgewinne, vollständig erfassen und jedenfalls alle größeren Kriegsgewinne radikal wegsteuern. Bei der Berechnung des Vermögenszuwachses ist auszugehen von dem Stande des Vermögens am 31. Dezember 1914. Der auf einen Vierteljahrs- oder Halbjahrstermin fallende Endpunkt des für diese Besteuerung in Betracht kommenden Zeitraumes kann erst bei der endgültigen Verabschiedung des Gesetzes unter Berücksichtigung der gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage festgesetzt werden.

Was die allgemeine Vermögensabgabe betrifft, so nötigt die Finanznot des Reiches dazu, sie so ergiebig wie irgend möglich zu gestalten. Es dürften daher nur die ganz kleinen Vermögen auf Befreiung zu rechnen haben. Dagegen dürften auch Vermögen von weniger als hunderttausend Mark, die bei der Vermögensabgabe von 1918 ausgenommen waren, zu der jetzt bevorstehenden Abgabe herangezogen werden, wobei im Sinne der aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen gebotenen Rücksichtnahme eine Staffelung der Sätze Platz zu greifen hat.

Die Erbschaftssteuer hat in dem nunmehrigen Steuerplan der Regierung durch die Ausdehnung auf Ehegatten gegenüber dem von dem Reichsschatzsekretär am 9. Dezember vorigen Jahres bekanntgegebenen Programm, das nur die Besteuerung des Kindeserbes vorsah, eine wesentliche Erweiterung erfahren.

Das bisher bekanntgegebene Steuerprogramm der Reichsregierung enthält nur direkte Steuern. Es darf aber daraus nicht etwa geschlossen werden, daß auf indirekte Steuern verzichtet werden soll. Dem steht die überaus ernste Finanzlage des Reichs entgegen, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß der Nationalversammlung auch Vorlagen über neue indirekte Steuern zugehen werden, von denen Reichsschatzsekretär Schiffer in seinem Vortrag in der Berliner Handelskammer einige bereits angekündigt hat.

Weitere Ausdehnung des Aufruhrs in Berlin.

Die Berliner Verhandlungen.

a. Berlin, 8. Januar. Die Bewegung der Spartakus-Anhänger in Berlin gegen die Regierung nimmt immer mehr zu und zwar zu Ungunsten der Regierung. Schuld daran hat diese selbst, weil sie entgegen ihrer Zusicherung, nunmehr rücksichtslos gegen die Aufständigen vorgehen zu wollen, sich wieder zu Verhandlungen bereit erklärt hat. Allerdings nehmen die Spartakisten an ihnen nicht teil, sondern nur die Unabhängigen und das sogenannte Aktions-Komitee, die der Regierung verschiedene Forderungen unterbreitet haben. Die Regierung hat daraufhin erklärt, nur dann zu Verhandlungen bereit sein zu wollen, wenn die Freigabe der Zeitungsbetriebe wieder völlig hergestellt werde. Außerdem besteht sie auf die Entlassung von Eichhorn. Hierin sieht die Gegenseite die Aufgabe aller Machtpositionen, die sie bisher errungen hat und weist diese Bedingung als unannehmbar zurück. Auf jeden Fall sehen die Unabhängigen in der Forderung der Regierung eine Tatsache, für die die ihnen erteilten Vollmachten nicht ausreichen. Aus diesem Grunde haben sie gestern eine Vertagung der Verhandlungen auf heute beantragt. Diesen Anträgen wurde stattgegeben und die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf heute vormittag 10 Uhr festgesetzt. Ob diese zu einem positiven Ergebnis führen werden, steht noch dahin. Jedenfalls überschreibt „Die Freiheit" ihren heutigen Leitartikel mit den bezeichnenden Worten „Vereinbarung oder Bürgerkrieg".

Ueber die Vorgänge am Dienstag liegen folgende Nachrichten vor:

Berlin, 7. Januar. Nachdem es im Laufe des Tages an verschiedenen Stellen der Stadt zu Schießereien gekommen war, haben die Liebknechtleute die Eisenbahndirektion besetzt und die Abfahrt der gesamten Eisenbahnzüge verhindert. Der Volksbeauftragte Noske hat den Oberbefehl über die Regierungstruppen übernommen. Seit Dienstag mittag ist der gesamte Zugverkehr eingestellt. Ferner ist es den Liebknechtleuten gelungen, die Pionierkaserne und das Proviantamt in der Köpenicker Straße sowie die Reichsdruckerei zu besetzen. Einem Beamten dieses wichtigen Betriebes gelang es, den Hauptschlüssel zu den Kassenschränken in Sicherheit zu bringen. Harte Kämpfe fanden um das Gebäude des „Vorwärts" statt, in dessen Besitz sich die Mehrheitssozialisten wieder setzen wollten.

Ferner ist es in der Wilhelmstraße, am Brandenburger Tor und bei der Kaserne des 4. Garde-Regiments zu Zusammenstößen gekommen.

Das Reichstagsgebäude ist von Anhängern der Regierung besetzt worden, die dort eine Anzahl Maschinengewehre aufgestellt haben und die Bildung einer neuen Sicherheitswehr betreiben.

Heute nachmittag kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen in der Moltkestraße. Hierbei wurde eine größere Anzahl von Personen verwundet.

Größere Kämpfe fanden in Spandau statt, wo Liebknechtleute sich des Rathauses bemächtigt hatten. Neue Kämpfe werden dort erwartet.

In russischen bolschewistischen Kreisen hat Liebknecht Funksprüche verbreiten lassen, die seinen baldigen Sieg verkünden. Im Berliner Zeitungsbetriebe ist keine Aenderung eingetreten. Zu den von den Revolutionären besetzten Betrieben gehört nunmehr auch die „Tägliche Rundschau". Ebenso sind die Revolutionäre in die Räume der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" eingedrungen, wo sie die Fertigstellung der morgen früh erscheinenden Zeitung verhinderten.

Weitere Straßenkämpfe in Berlin.

Berlin, 7. Januar. In den späten Abendstunden wurde um das Postamt in der Köpenicker Straße heftig gekämpft, bis es nach längeren Kämpfen von den Regierungstruppen geräumt wurde. Während der ganzen Nacht fielen hier und dort vereinzelte Schüsse. Vor das Gebäude des Wolffschen Bureaus zogen etwa 60 Mann Regierungstruppen. Ein Offizier stellte den das Gebäude besetzt haltenden unabhängigen Sozialdemokraten ein Ultimatum mit zehn Minuten Zeit zur Annahme, das aber nicht wirksam wurde, weil die Regierungstruppen sich weigerten, zu kämpfen; es wurden nur einige Schüsse abgegeben, worauf Ruhe eintrat.

Heute früh sind die Blätter von Ullstein, Scherl und Mosse sowie der „Vorwärts" nicht erschienen. Die „Rote Fahne" fordert ihre Anhänger auf, sich wieder in der Siegesallee zu versammeln. Ein Flugblatt der Mehrheitssozialisten fordert die Arbeiter auf, die Gebäude zu verlassen und wieder vor der Reichskanzlei zu erscheinen, um eine freiwillige republikanische Schutzwehr zu bilden.

Die Gerüchte, daß über Berlin der Belagerungszustand verhängt worden ist, sind, wie die Stadtkommandantur erklärt, nicht zutreffend. Die Reichsdruckerei ist in die Hände der Spartakusleute gelangt, die die Gebäude besetzt halten und die Vorräte an fertigem Metallgeld beschlagnahmten.

a. Berlin, 8. Januar. Seit heute früh stockt der gesamte Berliner Straßenbahnverkehr, weil die Angestellten in den Ausstand getreten sind. Da auch seit gestern der Stadtbahnverkehr ruht, leidet Berlin unter ganz erheblichen Verkehrsschwierigkeiten, zu denen auch noch umfangreiche Störungen im Fernsprechverkehr kommen.

Die Opfer der Kämpfe am Reichskanzlerpalast.

Berlin, 7. Januar. Bei den Straßenkämpfen vor der Reichskanzlei in der letzten Nacht hat es zahlreiche Opfer gegeben. Nach einer zuverlässigen Meldung gab es mehr als 20 Tote und über 40 Verwundete. An den gestrigen Massenkundgebungen für die Regierung nahmen nach zuverlässiger Schätzung mehr als 200 000 Menschen, an der Kundgebung der Spartakusgruppe etwa 60 000 Menschen teil.

Radek auf dem Seeweg nach Deutschland gekommen.

Basel, 7. Januar. Der Londoner „Daily Telegraph" meldet aus Petersburg auf Umweg: Nach einem Bericht der Petersburger „Prawda" ist Radek mit einer Anzahl bolschewistischer Mitglieder nicht auf dem Landwege, sondern zur See mit Hilfe deutscher Matrosen nach Deutschland gekommen. Dem gleichen Blatte zufolge stehen Entsendungen weiterer Bolschewistenführer nach Deutschland zur Ausdehnung der Umtriebe für die nächsten Tage bevor.

* * *

Hindenburg in Berlin.

Berlin, 7. Januar. Hier ist heute die Nachricht verbreitet, daß der Generalfeldmarschall Hindenburg in Berlin weilt. Die Anfragen haben ergeben, daß die Nachricht nicht widerrufen wurde. Es ist anzunehmen, daß die Regierung sich mit Hindenburg über die Verwendung des noch gefechtsbereiten Heeres beraten will.

* * *

Außerordentliche Vollmachten für die Regierung.

Berlin, 7. Januar. Der Zentralrat veröffentlicht an alle Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands eine amtliche Bekanntmachung, in der auf die zum Himmel schreienden Zustände in Berlin hingewiesen wird, mit denen sich der Zentralrat in den ersten Wochen seiner Tätigkeit hat beschäftigen müssen, wo eine kleine Minderheit gegen den allgemeinen Willen des Volkes eine brutale Gewaltherrschaft zu errichten bestrebt ist. Dieses verbrecherische Treiben habe den Zentralrat genötigt, der Reichsleitung außerordentliche Vollmachten zu erteilen, damit in Berlin endlich einmal die Ordnung und Rechtssicherheit wieder hergestellt werden können. Um den Frieden nach innen und außen zu sichern und damit das ganze werktätige Volk vor neuem, furchtbarem Unglück zu bewahren, müssen alle Meinungsverschiedenheiten jetzt zurückgestellt werden hinter das Ziel, die schwer gefährdete Weltstellung Deutschlands zu retten. Es ist Pflicht aller Arbeiter- und Soldatenräte sich einmütig zusammenzuschließen und den Zentralrat und die Reichsleitung mit allen Mitteln zu unterstützen, desto rascher wird der Kampf nach dem Willen des Volkes entschieden sein. Haltet alles, was dazu erforderlich ist, bereit!

* * *

Was wird aus dem Arbeitsrecht?

Wie soll die Arbeitsnot enden?

Am 23. Dezember 1918 ist eine Verordnung des Reichsarbeitsamts betreffend Neuregelung der Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, ergangen. Die Verordnung ist mit dem Tage der Verkündigung in Kraft getreten. So steht es wenigstens in der Verordnung. Weite Arbeitskreise in Berlin denken aber offenbar gar nicht daran, die Vorschriften der Verordnung als verbindlich anzuerkennen. Laut Meldung des „Vorwärts" vom 4. d. Mts. haben die „Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe" in einer Resolution einstimmig erklärt, daß die Arbeiterräte sich dem Abschluß irgendwelcher Kollektivverträge energisch widersetzen würden, die geeignet seien, die Tätigkeit der Arbeiterräte lahmzulegen. Gleichzeitig haben dieselben Arbeiterräte, die im übrigen für sich volle Gleichberechtigung neben Direktion, Aufsichtsrat usw. in den Großbetrieben in Anspruch nehmen und sich als die höchste Instanz für die Arbeiterschaft des Betriebes bezeichnen, ebenfalls einstimmig die schleunige Sozialisierung der industriellen Großbetriebe gefordert. Das sind gleich zwei Fälle offener und entschiedener Auflehnung gegen den Standpunkt, den die Regierung einnimmt, und gegen die Entscheidungen, die sie getroffen hat.

Es ist einfach ein Unding, daß unter diesen Umständen unser Wirtschaftsleben in geregelte Bahnen zurückkehren kann. Wenn die Regierung etwas erklärt und anordnet, bestimmte Teile der Arbeiterschaft aber das Gegenteil erklären und alles tun, um die Ausführung der Regierungsmaßnahmen zu verhindern, dann ist die notwendige Folge allgemeine Verwirrung, völliger Stillstand. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß wir unmittelbar am Rande der Katastrophe stehen. Es ist die allerhöchste Zeit, daß etwas geschieht. Mit dem bloßen Reden über Abbau der Löhne, Beschäftigung von Arbeitslosen, Sicherheit der Arbeit und des Eigentums und dergleichen ist es nicht getan. Derartige Erklärungen oder Versicherungen haben nicht den geringsten Wert, wenn die Tat, die unter den Entschluß das Siegel setzt, ausbleibt. Jetzt oder nie muß geschehen, was geschehen muß, wenn der völlige Zusammenbruch verhindert werden soll. Anderenfalls wird das unheilvolle „Zu spät", das seit nunmehr bald zwei Jahren unserem unglücklichen Vaterlande zum Schicksal geworden ist, den Zerfall des Reiches und den Untergang deutscher Selbständigkeit, Freiheit und Wohlfahrt verschuldet haben.

* * *

Das furchtbare Los der Deutschen in der Ukraine.

Hat das deutsche Volk noch ein Herz, hat es noch etwas übrig für seine Stammesbrüder in Feindesland? Wenn es der Fall ist, dann dürfen die erschütternden Notschreie nicht verhallen, die von unseren deutschen Landsleuten aus der Ukraine zu uns dringen. Der Bolschewismus geht durch das unglückliche Land, und Raub und Mord sind seine Begleiter. Vor uns liegt ein Bericht vom Verbande der deutschen Kolonisten (Handelsbureau des Alexandrowsker Bezirkskomitees und Schwarzmeergebietes) in Alexandrowsk. Darin heißt es:

„Zu Dutzenden werden die männlichen Kolonisten von der örtlichen russischen Bevölkerung ermordet, erschossen, zerhauen, geköpft und erhängt. Ihr lebendes Inventar, wie Pferde, Kühe usw., ihre Kleider, Hausgeräte, Möbel und Ackergeräte werden gestohlen, vernichtet oder verschleppt. Wirtschaftsgebäude, Stallungen, Speicher mit den darin angehäuften Getreidevorräten, Mehl und anderen Nahrungsmitteln für Menschen und Vieh werden angesteckt und verbrannt. Alles flieht in die Stadt, wo noch deutsches Militär ist, um unter dessen Schutze noch eine kurze Zeit in Ruhe leben zu können. In der kleinen deutschen Kolonie Schönwiese bei Alexandrowsk gibt es Häuser, in denen 30 bis 40 arme, verlassene Waisenkinder mit ihren ebenso verlassenen Müttern leben. Was soll aus uns deutschen Kolonisten werden, wenn einmal das deutsche Militär die Ukraine auf immer verläßt? Soll alles, was deutscher Fleiß und deutsche Energie in eineinhalb Jahrhunderten geschaffen haben, für immer verloren gehen? Vielleicht ließe sich

die deutsche Regierung bewegen, das deutsche Militär bis zum nächsten Frühling hier zu lassen. Dann wäre unter dessen Schutz wenigstens unser Leben gesichert, und es ließe sich dann, mit Gottes Hilfe, vielleicht ein Ausweg finden".

Zunächst liegt es in der Hand der noch in der Ukraine befindlichen deutschen Truppen, ihre vom Bolschewismus bedrohten Landsleute zu schützen. Unbedingt muß für ausreichenden militärischen Schutz gesorgt werden, bevor es auch hier zu spät ist. Im übrigen sei die Angelegenheit der Aufmerksamkeit derjenigen Regierungen und derjenigen Presse empfohlen, die sich nicht genug tunkonnten, in ihrer Entrüstung über die den Armeniern zugefügten Greuel. Jetzt ist in der Ukraine der deutsche Volksstamm bedroht und zwar von einem Terror, gegen den sich nach der Ueberwindung des deutschen „Militarismus" angeblich der Kampf für Freiheit und Recht richtet. Mit der Hilfe, die man den bedrohten Deutschen in der Ukraine bringt, kann jetzt der Beweis geführt werden, daß Menschlichkeit und Recht nicht leere Worte bleiben dürfen. Menschlichkeit und Recht muß denjenigen unserer Stammesgenossen zuteil werden, die auf weit vorgeschobenem Posten trotz beständiger Lebensgefahr ihr Deutschtum nicht verleugnen und die Brücke zum alten Vaterlande nicht abbrechen wollen.

Rundschau.

Das Elend der ausgewiesenen Elsaß-Lothringer.

Berlin, 7. Januar. Amtlich wird der Telegraphen-Union gemeldet: Die systematische Ausweisung der Elsaß-Lothringer deutscher Abstammung durch die Franzosen dauert an. Nachdem die Zahl der in Freiburg und Umgebung ohne ausreichende Barmittel und mit geringem Gepäck eingetroffenen elsaß-lothringischen Staatsbürger sich bereits auf 1500 belief, sind nunmehr weitere 200 Personen aus Mühlhausen gefolgt. Wie die Vertriebenen berichten, werden die deutschen Staatsbürger in Colmar und Mülhausen in offenen Lastautomobilen dem Pöbel zur Verhöhnung vorgeführt, wobei sie auch oft Mißhandlungen ausgesetzt sind. Die Vertriebenen selbst mußten alles Barvermögen und Guthaben, Kleidung und Hausmobiliar auf Anordnung der französischen Offiziere und Beamten zurücklassen. Sie befinden sich daher in höchster Notlage. Um das Elend wenigstens einigermaßen zu lindern, hat die Regierung bereits größere Barmittel zur Verfügung gestellt.

Deutsche Waffenstillstands-Kommission.

Die Aufteilung Posens.

Der deutsche Volksrat Westposens, die gesetzlich gewählte Vertretung der acht Westkreise Posens, erklärt, daß vom 5. Januar 1919 ab die Kreise Schwertn, Birnbaum, Meseritz, Neutomischel und Bomst zur Provinz Brandenburg, die Kreise Fraustadt, Lissa, und Rawitsch zur Provinz Schlesien gehören. Der Kreis Filehne hat sich am Sonnabend der Gruppe Westposen angeschlossen und tritt ebenfalls zur Provinz Brandenburg.

Die Polen rauben deutsche Lokomotiven.

Berlin, 6. Januar. (Amtlich.) Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion Posen verhindern die Polen auf der Linie Jarotschin—Ostrowo die Abfahrt der Lokomotiven. Sie haben das Bezirksmaschinenamt Ostrowo besetzt und lassen keine Lokomotive mehr heraus, so daß 45 zur Ablieferung an die Entente bereitstehende Lokomotiven nicht abgegeben werden können.

Gefechte im Posenschen.

Berlin, 7. Januar. Ueber die Kämpfe in Posen werden noch folgende Einzelheiten aus Schneidemühl bekannt: Gestern abend hatte eine unserer Freiwilligenkompagnien in der Gegend von Milsch ein schweres Gefecht mit den von Kolmar anrückenden polnischen Truppen. Die Polen wurden zurückgeschlagen und über Kolmar hinaus verfolgt. Die Verluste sind auf beiden Seiten sehr schwer. Auch bei Weißenhöhe hatte eine Freiwilligenkompagnie ein Gefecht mit den Polen. Auch hier verlief es zu unseren Gunsten und führte zur Besetzung von Weißenhöhe. Die Freiwilligenkompagnien haben sich in beiden Kämpfen gut bewährt. Oberleutnant Semmler von der Fea 2 unternahm gestern einen Erkundungsflug nach Kolmar und machte dort wichtige Feststellungen. [illegible] Für alle Ausführungen sorgen Flieger und Panzerautos. Die wichtigsten Industriewerke haben starke militärische Sicherungen erhalten.

Deutscher Angriff auf die polnische Posener Fliegerstation.

Berlin, 7. Januar Aus Posen wird berichtet: Vier Flieger aus Frankfurt an der Oder haben gestern nachmittag sechs Bomben auf die Fliegerstation, die am Sonntag von den Polen erobert worden war, abgeworfen. Es entstand ein Brand, der nach mehrstündigen Löscharbeiten auf seinen Herd beschränkt wurde. Der Schaden ist nicht sehr bedeutend, doch ist die Erregung der polnischen Bevölkerung sehr groß. Das Gouvernement erklärt, falls sich ähnliche Vorfälle wiederholen sollten, keine Gewähr mehr für die Sicherheit der deutschen Bevölkerung übernehmen zu können.

Wahlsieg des Bürgertums in Baden.

Karlsruhe, 7. Januar. Die Gesamtzahl der bei den Wahlen zur badischen Nationalversammlung abgegebenen Stimmen betrug für das Zentrum 369 057, die Sozialdemokraten 316 181, die Demokraten 224 111 die Deutsche Volkspartei 70 081, die Unabhängigen Sozialdemokraten 4 550. Die Wahlbeteiligung war im ganzen Lande sehr lebhaft; die Wahlhandlung nahm überall, von kleinen Zwischenfällen in Mannheim abgesehen, einen glatten Verlauf.

Der Bergarbeiterausstand im Linksrheingebiet.

Essen, 7. Januar. Der Bergarbeiterausstand auf den linksrheinischen Zechen der Gewerkschaften Diorgard und Wilhelmine Movissen hat ein schnelles Ende genommen. Montag sind dort überall die Bergleute wieder angefahren, ohne daß die Zechenverwaltungen Zugeständnisse zu machen brauchte. Der Grund des Ausstandes war hier die vom belgischen Kommandeur angeordnete Einhaltung der zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden vereinbarten Achtstunden-Schicht einschl. Ein- und Ausfahrt für jeden Bergarbeiter.

Mackensen soll nach Frankreich gebracht werden.

Basel, 7. Januar. „Daily Mail" meldet: Feldmarschall Mackensen wird von Saloniki nach Frankreich gebracht. Wichtige Beschlüsse, die nicht einmal angedeutet werden können, stehen zur Abwehr des Bolschewismus von Europa bevor.

Das Verhältnis Ungarns zu Deutschland.

Von einem Leser unseres Blattes wird uns der nachstehende Artikel eines höheren Offiziers der Mackensen-Armee zur Veröffentlichung übersandt, dem wir hiermit gern nachkommen, da der Bericht, wenn auch etwas verspätet, doch von weiterem Interesse sein dürfte.

Am 14. 12. 18 ist Generalfeldmarschall von Mackensen in Foth mit seinem Stabe interniert worden! — Seine Armee ist entwaffnet und wird nach und nach dem Gefangenenlager Papa zugeführt. — Papa ist das miserabelste Lager, das Ungarn besitzt. — Traurige Tatsachen gewiß, — aber Unrecht tut den Ungarn jeder, der ihnen die Schuld an diesen Maßnahmen, durch die noch etwa 60 bis 80 000 Mann betroffen werden, zuschiebt. — Oesterreich-Ungarn, das war für die meisten Deutschen früher ein Begriff! — Vollkommen irrig! — Unseren Kindern ist doch damit nicht gedient, wenn sie wissen, das uns verbündete Land hat so und soviel Einwohner und ist so und so groß! — Wichtiger und entscheidend, wie der Weltkrieg gelehrt hat, sind doch andere Dinge, Dinge, über die selbst unsere Diplomatie zu Beginn des Weltkrieges nicht völlig orientiert gewesen sein dürfte!

Ich lasse Oesterreich! — Ungarn (ohne Kroatien und Slavonien) ist rund 280 000 qkm groß und hat eine Einwohnerzahl (1890) von rund 15 Millionen, es ist eingeteilt in 63 Comitate! Von diesen bewohnen und beanspruchen als Mindestmaß heute für sich: die Rumänen 24, darunter die an Erdschätzen reichsten, die Jugoslawen 6, die Tschechen 13, sodaß für die Ungarn 21 übrig bleiben, — das ist nicht viel mehr als Budapest und Umgebung. Auf diese Minderheit stützt sich die Regierung; alles andere ist Opposition und hat während des Weltkrieges gegen einen Sieg der Mittelmächte gearbeitet. Es liegt auf der Hand, daß Tschechen, Slawen und Rumänen im Falle eines Sieges der Mittelmächte auf Erfüllung ihrer maßlosen Forderungen nicht rechnen konnten, während der gegenteilige Fall sie alles erhoffen ließ! — Das haben sie oft genug, noch zu Tiszas Zeiten im Abgeordnetenhause gesagt, danach haben sie ihre Tätigkeit während der Kriegsjahre und an der Front eingestellt! Jetzt, da Ungarn am Boden liegt, machen sie mit ihm, was die Polen im Osten unseres Reiches mit uns machen, nur treiben sie es womöglich noch wilder und ihr Haß richtet sich nicht nur gegen die eigenen Machthaber, sondern auch gegen ihre Verbündeten, die Deutschen, denen sie Schaden zufügen, wo sie es können! — Zu leiden haben darunter die Schwaben Siebenbürgens und die Soldaten der Mackensen-Armee, deren Waffenausrüstung die Entente ihnen in Aussicht gestellt hat!

Soviel über die Fremdstaaten Ungarns.

Bleibt noch das Verhältnis der eigentlichen Ungarn zu uns zu klären. Ungarn, welches nie ein Freund der Habsburger gewesen ist, ist durch kriegerisches Mißgeschick diesen in die Armee getrieben worden. Oesterreich verstand es ausgezeichnet, das reiche Land der Ungarn für seine Zwecke auszubeuten, und diese wiederum vermochten es nicht, sich von den lästigen Banden zu befreien, auch nicht im Revolutionsjahr 1848, als die Oesterreicher, da sie allein der Aufrührer nicht Herr werden konnten, die Hilfe der Russen erbitten mußten. — Es blieb alles beim alten! — Der Weltkrieg kam und schließlich der Tod Franz Josefs; die Ungarn erfuhren von den Versprechungen, die Kaiser Karl auf ihre Kosten, um seine Krone zu retten, den Tschechen und Slawen gemacht hatte; da wuchs noch der Haß auf die Habsburger, während gleichzeitig die Achtung vor den Deutschen und ihrem Kaiser zunahm, — und was sich bis auf den heutigen Tag erhalten hat, das ist der Glaube an die deutsche Zukunft!

Obwohl es wahrscheinlich ist, daß ein anderes Ministerium als das von Frankreich begünstigte des Grafen Karolyi, unsere Interessen besser vertreten würde, tun wir wohl besser, nur die wenigen Sympathien, die wir noch im Ausland besitzen nicht durch Leichtfertigkeit zu verscherzen, — quittieren und nützen wir sie!

Der Völkerbund Wilsons gesichert.

Genf, 7. Januar. „Homme Libre" schreibt: Der Völkerbund Wilsons in Ketten. [illegible] gegenüber Deutschland sind lediglich Sicherungen für den Völkerbund, den Deutschland gleichfalls angehören soll, wenn es die Schutzmauer gegen den Bolschewismus für Europa bilden will.

Wilsons Pläne.

Haag, 7. Januar. Die Pariser „Information" veröffentlicht nähere Einzelheiten über Wilsons Pläne. Danach kehrt Wilson nach seiner Reise nach Italien und Nordfrankreich am 12. Januar nach Paris zurück. In der darauf folgenden Woche wird er nach Newyork zurückkehren. Man schreibt ihm die Absicht zu, eine Rede über die Arbeit der Teilnehmer an der Friedenskonferenz zu halten. Auf Vorschlag Wilsons wird ein täglich auszugebender Bericht das Publikum über die Fortschritte der Besprechungen auf dem Laufenden halten. Wilson wird nach Europa zurückkehren, um an der allgemeinen Friedenskonferenz teilzunehmen, dies um so sehr, als er den Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten persönlich unterzeichnen will. Er hat den König von England und Poincare bekanntlich eingeladen, nach Amerika zu kommen. Poincare hat grundsätzlich für August als Termin nach der Unterzeichnung des Friedens angenommen. Der König von England hat den Besuch des Prinzen von Wales für Ende Februar zugesagt.

Die italienische Presse über Wilsons Besuch.

Wie der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" aus Zürich gemeldet wird, benutzt die italienische Presse die Ankunft Wilsons, um mehr oder minder deutlich die Vereinigten Staaten namentlich in den Italien betreffenden Streitfragen gegen die übrigen Verbündeten auszuspielen. Der Mailänder „Corriere della Sera" weist auf die Gefahren des Bolschewismus hin, den er dem Wilsonismus als Triumph der Zivilisation und des friedlichen Fortschritts entgegenstellt. Deshalb müsse Italien sich auf der Friedenskonferenz eng an Amerika anschließen und Wilson aufrichtig unterstützen. Das Blatt erwähnt dabei die französischen Bestrebungen behufs Gründung eines Donauverbandes und der Aufteilung der asiatischen Türkei, bei der Italien nicht mitzusprechen hätte. Jeder Klarblickende müsse erkennen, wie sehr Wilsons Grundsätze mit den Zielen Italiens übereinstimmen. Noch deutlicher wird die Turiner „Stampa" in einer Auseinandersetzung über den Rücktritt Bissolatis. Sie erwähnt die Freiheit der Meere und erklärt, daß Italien glücklicherweise in seinen Zielen und Anschauungen mit Amerika übereinstimme. Für die politische und wirtschaftliche Zukunft Italiens sei es nicht gleichgültig, ob es dem Willen einer anderen Macht anheimgestellt bleibe, die Meerengen von Suez und Gibraltar zu öffnen oder zu schließen.

Die amerikanischen Darlehen an die Entente.

Der amerikanische Pressedienst meldet aus Washington: Laut einer noch unvollständigen Zusammenstellung des Schatzamtes der Vereinigten Staaten belaufen sich die Kriegskosten und Darlehen an die Alliierten im Jahre 1918 auf ungefähr 18 160 Millionen Dollar, darunter 11 Milliarden für die Armee, 2 Milliarden für die Marine, 1 Milliarde für das Schiffsbauprogramm und mehr als 4 Milliarden für Darlehen an die Alliierten. Die Ausgaben für Dezember werden auf mehr als 2 Milliarden Dollar geschätzt, darunter 430 Millionen Dollar für Darlehen an die Alliierten und 1,6 Milliarden für Regierungsausgaben. Ein Drittel der Kriegsausgaben des vergangenen Jahres sind durch Steuern, die weiteren durch Freiheitsanleihen aufgebracht. Die Vereinigten Staaten haben Italien einen weiteren Kredit von 10 Millionen Dollar bewilligt, womit sich der Gesamtkredit Italiens auf 31 Millionen Dollar erhöht. Die gesamten Darlehen an die Alliierten belaufen sich auf 8 585 523 700 Dollar.

Amerikas „Abrüstung".

Der amerikanische Kriegsberichterstatter Baker beantwortete eine Anfrage im Heeresausschusse des Abgeordnetenhauses dahin, daß sein Amt noch keine bestimmte Richtschnur für die Regelung des Heeresdienstes habe. Er halte es nicht für richtig, ein ständiges Heeresprogramm schon jetzt vor der Friedenskonferenz festzulegen. Auf die Frage, ob es notwendig sei, eine größere Truppenmacht in Europa während wenigstens zweier Jahre zu unterhalten, antwortete er: „Wir glauben, daß dies nicht der Fall sein wird. Wir beabsichtigen es wenigstens nicht". Baker kündigte einen Gesetzentwurf an, wonach ein stehendes Heer von 500 000 Mann aus Freiwilligen gebildet werden soll.

Unsicherheit der englischen Ostseepolitik.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" erfährt ein Korrespondent des „Daily Telegraph" aus zuverlässiger Quelle, daß über die in der nächsten Zeit von Großbritannien in den Ostseegebieten einzuschlagende Politik große Unsicherheit herrscht, da die Aktionsfähigkeit der Flotte in dieser Jahreszeit durch Eisgang erschwert wird. Die militärische Lage ist noch verworrener. Frankreich ist gegen die Entsendung von Truppen zur Bekämpfung der Bolschewiki. England, dessen Politik Zielbewußtsein vermissen läßt, macht sich Frankreichs Haltung zu eigen, während der Standpunkt Amerikas noch unbestimmt ist. Was die Angelegenheit der britischen Streitmacht in Archangelsk betrifft, so ist man der Meinung, daß diese binnen kurzem zurückgezogen wird, da der ursprüngliche Grund ihrer Anwesenheit, die Gefahr eines deutschen Einfalles, nicht mehr besteht.

England und Persien.

Bern, 6. Januar. Die „Times" melden aus Teheran: Die Engländer haben der persischen Regierung versprochen, die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Persiens zu achten und die englisch-russische Uebereinkunft von 1917 aufzuheben, sobald eine hierfür zuständige russische Regierung vorhanden sei. Die südpersischen Schutztruppen sollten der persischen Regierung unterstellt werden, sobald die Linie Buschir offen und gesichert sei. Die Türken hätten Aserbeidschan verlassen. Der deutsche Generalkonsul befinde sich in Täbris.

Die Losung für den Wahlkampf.

Durch die Wahlen zur Nationalversammlung soll die Frage, ob Deutschland eine demokratische oder eine sozialistische Republik wird, entschieden werden.

Allerorts müssen die bürgerlichen Wähler immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß dies eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes ist.

Die sozialdemokratischen Preßorgane sprechen von der sozialistischen Republik wie von etwas Selbstverständlichen und haben damit vielfach die Sinne der bürgerlichen Wähler umnebelt.

Wir fragen dagegen: worauf stützt sich denn die Behauptung, daß die Mehrheit des deutschen Volkes sozialistisch wählen wird? Hinter uns liegt eine revolutionäre Umwälzung gewaltigster Art; aber so sehr haben sich doch keinesfalls die Verhältnisse gewandelt, daß aus der sozialistischen Minderheit, die vor dem Kriege bestand, nunmehr eine sichere Mehrheit geworden sein sollte.

Nach den statistischen Erhebungen in Professor Herckners „Arbeiterfrage" waren vor dem Kriege nur 30 Prozent der Bevölkerung als Lohnarbeiter einschließlich ihrer Familienmitglieder anzusprechen. Von 14,5 Millionen Arbei-

Bei pflichtwidriger

Nichtablieferung von Heeresgut

erfolgt

Durchsuchung und

schwere **Bestrafung.**

Reichsverwertungsamt, Berlin W. 8, Friedrichstraße 66.

Sein Erbe.

Roman aus dem russischen Leben.

Von Ernst Schrill. (E. Keller.)

(Nachdruck verboten.)

(69. Fortsetzung.)

Er sprach mit niemand über seine Ziele, selbst vor dem alten Martin verheimlichte er den Plan.

Jetzt wollte er sich selbst helfen, und wenn es glückte, war er ja mit einem Schlage ein gemachter Mann. Wie mußte solch ein Erfolg ihn dann auch in seiner amtlichen Stellung heben! Ein Orden war doch das Wenigste, was er bekommen würde.

Martin war bei Lorkes mit nichts zufrieden: bald war der Stall zu niedrig für die Wallertschen Hengste, bald roch der Hafer nach Hühnern oder Katzen, den man den Pferden vorschüttete, bald war dies, bald jenes nicht „wallertsch"! Aber an dem alten Lorke fand er einen Gegner, der ihm an derbem Mutterwitz und Urwüchsigkeit überlegen war und ihn ein paarmal tüchtig in gebührende Schranken zurückwies.

Dann pflegte ihm der alte Martin stumm nachzusehen, bis er hinter der Stallecke verschwunden war, und dann zu knurren:

„Na, na! Der hustet, als ob er dem alten Wallert seinen Pelz auch schon bei sich überwintert hätte! Man kann ihm eben nur die Deichsel nicht so grob machen, wie es an seinen Wagen passen würde, weil bei uns die Sache aus dem Leim gegangen ist.

Aber warte nur, Lorke, warte, bis die Wallerts ihre sieben Sinne wieder beieinander haben —, dann kannst du dem alten Martine lange pfeifen, bis der tanzt. So muß man um seiner Herren Sünde willen Strafe tragen bis ins dritte und vierte Glied."

Und kopfschüttelnd nahm er seine Arbeit wieder auf.

Endlich war Alfred selbst nach Neuental gekommen und kündigte zu Martins hellem Entsetzen eine Auktion der nachgebliebenen Sachen, sowie des meisten vorhandenen Viehs an. Im übrigen gefiel er jetzt dem alten Hause — aber wozu denn alles verkaufen?

„Martin, ich muß irgend etwas Entschiedenes anfangen", erklärte Alfred ihm freundlich auf seine Frage.

„Wie lange soll ich für das Vieh Futtergeld zahlen und Zinsen für schuldige Kapitalien?

Wir wollen jetzt bescheiden werden, klein bauen und ordentlich arbeiten! Es soll mal wieder so bei uns hergehen, wie beim Großvater und Vater!"

„Soll Sie Gott dazu segnen um Abrahams willen und Isaaks!" rief der Alte leuchtenden Auges.

„Geben Sie mir nur Arbeit! O ich kann noch alles! Nur muß es wieder vorangehen, daß man doch sieht, wo und wie!"

„Nun eben, da müssen Equipagen und Pferde, Schafe und Vieh verkauft werden. Das ist der Anfang."

„Schön. Ich will zu allem nichts sagen. Nur eins, Ihren Reithengst, den Rappen, dürfen Sie nicht verkaufen. Sonst kaufe ich ihn, damit er bei der Familie bleibt. Der ist noch von der alten Zucht, wie sie der Großvater hatte," sagte der Alte eifrig.

„Meinethalben. Wollen wir denn den allein ausnehmen von der Auktion.

Am Tage der Auktion aber, als viele deutsche Gutsbesitzer und wohlhabende Kolonisten zusammen waren, redeten die meisten Alfred zu: er solle doch lieber sein Land ganz verkaufen und irgendwo ein kleineres Gut kaufen, als jetzt eine Schuldenmasse sich auf den Hals lasten.

So wie er wolle, nur klein bauen und sich beschränken, das werde bei dem großen Gut nicht recht gehen, sondern mehr schaden als nützen.

Zuletzt, als die Auktion mit gutem Erfolge verlaufen war, saßen die bedeutenderen Männer beim Glase Wein in Lorkes guter Stube und man redete von allen Seiten auf Alfred ein. Lange hörte er die verschiedensten Gründe und Berechnungen ruhig an, dann sagte er:

„Wenn ich an Eurer Stelle wäre oder an meines Großvaters, so würde ich sagen, Euer Rat ist falsch.

Denn ich kann auch rechnen. Selbst wenn ich jetzt zehn-, fünfzehntausend Rubel Schulden machen müßte, um alles Notwendige so einfach als möglich herzurichten, so bin ich überzeugt, daß ich bei einfachem Leben undt üchtiger Anstrengung in ein paar Jahren schuldenfrei bin."

„Ist richtig", warf Lorke von hinten her dazwischen, der bis dahin geschwiegen hatte.

„Nur braucht es dazu eiserne Rippen, und man darf sich kein Schmalz an den Bart wischen".

„Aber die Sache hat eine Seite, auf der unter Euch die wenigsten achten", fuhr Alfred fort.

„Da muß man Tag und Nacht darauf aus sein, etwas zu ersparen und vorwärts zu kommen, und da muß man eine Menge Russenknechte halten und sich halb tot ärgern und wie das alles so geht bei Eurer Steppenwirtschaft."

„Nun ja, freilich", lachten manche, „wer sich zum Pferd macht, muß ziehen."

„Ich habe aber darüber nachgedacht: soll ich wirklich nur dazu da sein auf Gottes Erdboden, daß ich mich schinde und plage, um nur meinen Besitz und Vermögen womöglich den Kindern verdreifacht hinterlassen zu können? Das ist ein Unsinn."

Es war totenstill geworden im ganzen Kreise. Damit hatte Alfred die wundeste Stelle ihres Gewissens getroffen und darüber liebte man in dieser Gesellschaft keine Unterhaltung. Er war aber immer noch, trotz des Schadenfeuers, einer der Wohlhabendsten unter ihnen und hatte zudem mehr Bildung, als alle anderen.

Darum widersprach ihm niemand. Wohl aber konnte er an den finsteren Gesichtern und an dem verlegenen Husten mancher merken, in welch ein Wespennest er gestochen. Unentwegt aber fuhr der junge Mann aber fort:

„Es gibt noch andere Dinge, die unser Leben füllen und mit denen wir anderen mehr nützen können, als damit, daß wir mehr Land in unseren Besitz bringen. Ich für meine Person möchte aus dem Reigentanz ums goldene Kalb, das hier in der Krim „Land" heißt, heraustreten. Daher will ich am liebsten mein Gut hier so schnell als möglich verkaufen und mir wo anders ein kleineres Fleckchen Land als bescheidene Heimat suchen. Was dann weiter mit mir wird, weiß Gott allein."

„Hm, hm! Also verkaufen wollen Sie Besch-Kinat auf alle Fälle?" fragte jemand nach einer kleinen Pause.

„Ja."

„Und wie teuer?"

„Die Landpreise sind im Steigen begriffen. Etwa vierzig Rubel per Desjätin ist dieses Land jetzt wert.

In zehn Jahren könnte es das Doppelte (eine Vorhersagung, die buchstäblich eingetroffen), gelten", sagte Alfred sinnend.

„Na, fünfunddreißig biete ich gleich!" rief einer.

„Wer Neuentaler haben uns auch schon besprochen", mischte sich Lorke ein; „uns täte das Land eigentlich gut passen. Es grenzt an. Wenn wir sonst handelseinig werden, daß nicht die ganze Summe braucht gleich ausgezahlt zu werden, so kann ich im Namen der Gemeinde achtunddreißig bieten."

(Fortsetzung folgt.)

tern waren in den sozialistischen Gewerkschaften organisiert 2,5 Millionen, in anderen Gewerkschaften 1,5 Millionen, über 10 Millionen nicht organisiert. Bei der Reichstagswahl vom Jahre 1912, der letzten vor dem Kriege, wurden bei insgesamt 12 Millionen Stimmen nur 4 Millionen für die Sozialdemokratie abgegeben.

Diese Tatsachen müssen sich die bürgerlichen Wähler aller Parteien klarmachen, um zunächst einmal — es ist das die allererste und wichtigste Vorbedingung für einen großen Wahlerfolg des Bürgertums — den Glauben an die eigene Kraft zurückzugewinnen, die felsenfeste Ueberzeugung in sich aufzunehmen und in sich festzuhalten, daß es gelingen kann und gelingen muß, eine sozialistische Stimmenmehrheit zu verhindern.

Der schlimmste Feind des Bürgertums in dem bevorstehenden Wahlkampfe ist die Resignation. Wer von vornherein den Kampf für aussichtslos hält, hat sich selbst für besiegt erklärt. Von einer Aussichtslosigkeit des Kampfes kann aber keine Rede sein. Erforderlich ist aber, daß überall die bürgerlichen Wähler aufgerüttelt werden, ihr Wahlrecht auszuüben und es so ausüben, wie die Größe der Entscheidung es erfordert.

Die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Preßorgane müssen dafür sorgen, daß die Wählermillionen, die hinter ihnen stehen, ihrer Macht sich bewußt werden, sie müssen dafür sorgen, daß die bürgerlichen Wähler über das, was die sozialistischen Machthaber bisher geleistet oder vielmehr nicht geleistet und zur schlimmsten Verderbnis des Vaterlandes unterlassen haben, rechtzeitig aufgeklärt werden. Jedes einzelnen deutschen Bürgers Stimmabgabe muß ein flammender Protest gegen die gegenwärtigen Zustände sein, unter denen das deutsche Volk nur noch vegetiert und demnächst verachtet und verarmt, ganz zusammenbrechen muß.

Das ist die Losung für den Wahlkampf!

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 8. Januar 1919.

Zum 9. Januar: Sonnenaufgang 8,11. Sonnenuntergang 4,03. Mondaufgang 10,52. Monduntergang 12,07.

Wetter:

Ein wenig kälter, zeitweise nebelig, sonst heiter, trocken.

— **Für erblindete Krieger** gingen bei uns ein:
Schule Groß-Satspe durch Lehrer Moldenhauer 30 Mark.
— **Für Schwerverstümmelte** gingen bei nus ein:
Schule Groß-Satspe durch Lehrer Moldenhauer 30 Mark.

— **Deutschnationale Volkspartei.** Auf die Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei im heutigen Anzeigenteil weisen wir unsere Leser auch an dieser Stelle hin.

— **Einschränkung des Kösliner Kleinbahnverkehrs.** Wie die Direktion der vereinigten Kleinbahnen der Kreise Köslin-Bublitz-Belgard heute bekanntgibt, müssen infolge der Kohlennot einige Züge ausfallen. Unsere Leser finden Näheres im Anzeigenteil.

— **Die rote Fahne verschwunden.** Seit heute morgen weht die rote Fahne nicht mehr auf dem Rathaus, sie ist über nacht heruntergeholt worden und man weiß nicht, wo sie geblieben ist. Wie die Nachforschungen ergeben haben, ist der unbekannte Täter von dem Boden des Nachbargrundstückes aus auf das Dach des Rathauses gelangt, hat in der Dunkelheit der Nacht unbemerkt die Fahne aus ihrer luftigen Höhe heruntergeholt und ist dann damit spurlos und ungesehen verschwunden. Ueber die Persönlichkeit des „Fahnendiebes" und den Verbleib des Wahrzeichens der sozialistischen Republik konnte noch nichts ermittelt werden.

— **Keine Vertretung bei der Wahl.** In weiten Kreisen ist die Ansicht verbreitet, daß die Frauen und Mädchen bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung sich durch ihre Ehemänner oder Väter vertreten lassen können. Das ist natürlich nicht der Fall. Jede wahlberechtigte Frau, und jedes Mädchen muß selbst am 19. Januar an die Wahlurne herantreten und die Wahlliste persönlich abgeben. Eine Vertretung ist in keinem Falle gestattet. Wer nicht selbst erscheint, geht seines Wahlrechtes verlustig. Auch schriftliche Mitteilungen sind zwecklos; ebenso sind Wahllisten mit Zusätzen ungültig.

— **Gestohlenes Heeresgut.** Es ist vor einigen Tagen schon bekannt gemacht worden, daß große Mengen Tuch und Bekleidungsstücke, die aus Heeresbeständen stammen, gestohlen und an die Bevölkerung veräußert worden sind. Abgesehen von der Verwerflichkeit solchen Treibens muß auch nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß unsere heimkehrenden Frontsoldaten, die jahrelang die Gefahren und Entbehrungen des Krieges getragen und dem Vaterlande die Schrecken des Krieges ferngehalten haben, auf das Schwerste durch ein solches Verfahren geschädigt werden. Tatsächlich liegen die Verhältnisse heute so, daß ein Ersatz für die abgerissenen und unbrauchbar gewordenen Felduniformen sehr häufig nicht möglich ist. Auf den Straßenbahnen, überall in der Oeffentlichkeit kann man hören, wie die heimkehrenden Krieger ihrem Unmut darüber Ausdruck geben, daß sie nicht einmal in der Lage sind, für den zerfetzten oder abhanden gekommenen Mantel einen Ersatz zu erhalten. Die Ablieferung der Heeresbekleidungsstücke ist daher, wie das Reichsverwertungsamt heute treffend zum Ausdruck bringt, auch eine moralische Pflicht, ganz abgesehen davon, daß die Nichtbefolgung des darüber erlassenen Gesetzes schwere Strafen nach sich zieht.

— **Kolberg. Beschlagnahmtes Diebesgut.** Eine Diebeshöhle mit einem großen Lager von gestohlenem Gut wurde in einer abgelegenen etwa 20 Morgen großen dichten Kiefernschonung des Gutes Drosedow entdeckt und ausgenommen. Leider waren die Bewohner der Höhle, einem fach- und sachgemäß angelegten Unterstande, geflohen. Zustand und Umgebung des Unterstandes ließen auf ein schon langes Bewohntsein schließen. Aus dem Versteck wurde sehr viel Diebesgut aus Einbruchsdiebstählen zutage gefördert.

— **Kolberg. Aus dem Stadtparlament.** In der am Montag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurden bei der Wahl des Bureaus zum Vorsitzenden Justizrat Dr. Richter, zum Stellvertreter Stv. Krumbach und zum Schriftführer Stv. Bandt wiedergewählt. Zum Stellvertreter des Schriftführers wählte die Versammlung nach dreimaligem Wahlgang Stv. Schunke, der die Wahl aber ablehnte. Nach nochmaligem Wahlgang erhielt Studienrat Klaje die meisten Stimmen; er nahm die Wahl an. Einer dringlichen Vorlage entsprechend beschloß die Versammlung, den Gaspreis vom 1. Januar 1919 ab auf 30 Pfennig für den Kubikmeter und den Preis für elektrischen Strom um 30 vom Hundert für die Kilowattstunde zu erhöhen. Der Erste Bürgermeister machte dabei die betrübende Mitteilung, daß, wenn nicht sehr bald Kohlen eintreffen, in kurzer Zeit mit der völligen Einstellung der Gasversorgung gerechnet werden muß. Zur Regelung der Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter infolge Einführung des Achtstundentages, die eine Ausgabe von 17 088 Mark bedingt, wurde eine Kommission gewählt. Ferner wurde eine Kommission gewählt, für die Gewährung von Darlehen an Bürger, die durch den Krieg in Not geraten sind und für diesen Zweck ein Kredit von dreißigtausend Mark bereitgestellt. Es handelt sich in der Hauptsache darum, daß die für solche Bürger, denen es für die Kreditaufnahme bei dem Vorschußverein oder der Handwerker-Darlehnskasse an Bürgen fehlt, die Bürgschaft übernimmt.

— **Neustettin. Spuk in der Silvesternacht.** Unter höchst merkwürdigen Umständen konnte während der Neujahrsnacht in Barkenbrügge eine Frau W. abgefaßt werden, die sich an fremdem Eigentum vergriffen hatte und dann um ihren Raub kam. Als der Büdner Nitz in der Silvesternacht von einem Vergnügen heimkehrte, hörte er in seinem Hause ein verdächtiges Geräusch. Diesem nachgehend, fand er auf dem Boden einen Beutel mit 5 Broten, Grütze und 1 Pfund Butter. Von einem fremden Menschen war nichts zu entdecken, dagegen wiederholte sich das schon bemerkte Geräusch, das sich wie ein abwärts rutschendes Etwas anhörte. N. eilte nun nach unten und fand in der Küche eine pechschwarze Gestalt, als sei der leibhafte Teufel zum Schornstein hereingefahren. Alles Grausen abschüttelnd, ging N. dem schwarzen Ungetüm zu Leibe und stellte fest, daß es Frau Tischler W. war, die in seiner Abwesenheit ihn bestohlen hatte und dann in der Angst, abgefaßt zu werden, von der Räucherkammer durch den Schornstein eine Rutschpartie zur Küche angetreten hatte, wo sie rabenschwarz anlangte und dann noch obendrein in diesem spukhaften Aufzuge entdeckt wurde. Daß diese spaßhafte Spukgeschichte in dem Dorfe viel besprochen und belacht wird, ist selbstverständlich.

— **Gollnow. Arbeitslosenkrawall.** Während einer Sitzung der Ratsherren versammelte sich vor dem Rathause eine große Menschenmasse, hauptsächlich Arbeitslose, welche Arbeit vom Magistrat forderten. Die Demonstranten holten schließlich den Magistratsbeamten Huth aus seinem Dienstzimmer heraus und verprügelten ihn derartig, daß der Bedauernswerte sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Desgleichen wurde auch der Buchhändler Wilzer geschlagen, sowie die Schaufenster in seinem Geschäft zertrümmert und ausgeplündert. Dann zogen die Demonstranten zu von Amelunxen, wo sie alle Wohnungen durchstöberten und plünderten, hauptsächlich Fleisch, ferner auch Gänse und Hühner abschlachteten. Als letztes kam das Geschäft des Kaufmanns Manthey an die Reihe, wo der Laden sowie der Keller vollständig ausgeraubt wurden. Der Schaden beträgt in diesem Geschäft allein schätzungsweise 33 000 Mark. Abends kam dann von Stettin ein etwa 60 Mann starkes Militäraufgebot mit Maschinengewehren hier an, um die Ordnung wieder herzustellen.

— **Stralsund. Aus dem Fenster gesprungen.** In einem hiesigen Gasthause stürzte ein junges Mädchen, das sich am Montag als Gast eingemietet hatte, aus dem Fenster, seines Zimmers auf den Hof hinab und war sofort tot. Die Selbstmörderin, ein Fräulein K., kam aus Swinemünde, sie war nervenleidend und dazu taub.

Das Kriegervereinswesen während des Krieges.

Uns wird geschrieben: Keine Körperschaft ist während des Krieges in ihren Grundfesten so tief erschüttert worden wie der Kyffhäuser-Bund der deutschen Landes-Kriegerverbände, die mächtige Vereinigung der mehr als 1½ Millionen Mitglieder umfassenden deutschen Kriegervereine. Ihre vornehmste Aufgabe, die Pflege und Betätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, Landesfürst und Vatrland, ist durch die Revolution gegenstandslos geworden, und es ist so gut wie nichts da, was die klaffende Lücke ausfüllen könnte. In den beiden ersten Kriegsjahren hatte die Berliner Zentrale im Vertrauen auf die Regierung, der die Kriegervereine bei den Wahlen eifrige, willkommene Helfer im Kampfe gegen die Sozialdemokratie waren, es unterlassen, unter den Kriegsteilnehmern zu werben, so daß andere, ähnliche Organisationen entstanden. Zwei von diesen, den Bund der Ritter des Eisernen Kreuzes und den Großbund der Feldgrauen, haben die Kriegervereine, wie der Geschäftsführende Vorsitzende, Geheimrat Westphal, am 17. September 1917 auf dem Kyffhäuser mehr offenherzig als klug verkündete, mit Hilfe des Ministeriums des Innern und der Behörden totgemacht (Seite 87 des 15. Geschäftsberichtes des Kyffhäuser-Bundes). Bei den später gebildeten Krieger-Organisationen ist es ihnen nicht gelungen. In der Kriegsfürsorge sind die Kriegervereine in den ersten Kriegsjahren infolge der Passivität ihrer Zentrale durch die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und den Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in den Hintergrund gedrängt worden. Erst Ende 1917 haben die Kriegervereine den Reichs-Krieger-Dank gegründet, der die beiden Fürsorge-Organisationen ergänzen sollte. Dieser Zweck wird jedoch nur in kaum nennenswerter Weise erreicht, weil der Reichs-Krieger-Dank jährlich noch nicht 15 000 Mark an Zinsen für Veteranenunterstützungen zur Verfügung hat. Mehr als auf den inneren Ausbau war die Kriegervereinsleitung auf Aeußerlichkeiten bedacht. Bezeichnend ist der Beschluß, den die Vertreter-Versammlung des Kyffhäuser-Bundes auf Antrag des Geheimrats Westphal im dritten Kriegsjahre faßte: den Kyffhäuserberg zu einer Art Akropolis auszubauen. Die Presse des Kyffhäuser-Bundes behauptet jetzt, der Gedanke sei vom Geheimen Baurat Schmitz, dem Erbauer des Kyffhäuser-Denkmals, ausgegangen und bei dessen Tode im Mai 1916 aufgegeben worden. Diese Behauptung ist unrichtig. Geheimrat Schmitz starb am 29. April 1916. Erst am 18. September 1916 stellte Geheimrat Westphal seinen weltfremden Antrag, und im Juni 1917 beschloß der Vorstand des Kyffhäuser-Bundes, die Schmitzschen Entwürfe von der Witwe des Künstlers zu kaufen, um sie nach Friedensschluß auszuführen. So ist der aktenmäßige Tatbestand. Es war eine der ersten Handlungen des Generalobersten von Heeringen, des vor einigen Wochen gewählten neuen Präsidenten des Kyffhäuser-Bundes, den Akropolisbau zu vertagen und dadurch den Kriegervereinen viele Millionen zu ersparen, die nun zu Wohlfahrtszwecken verwandt werden. Möge es dem Generalobersten von Heeringen gelingen, dem zu lange verwaisten Kriegervereinswesen neuen Inhalt zu geben und den Kyffhäuser-Bund wieder auf die Höhe zu führen auf die ihn seine Vorgänger, der General der Infanterie von Spitz, der Generaloberst von Lindequist und der General der Infanterie von Plötz sowie auch der wegen seiner Verdienste um das Rote Kreuz weiten Kreisen bekannte Generalleutnant Bartels gebracht haben. Das deutsche Kriegervereinswesen ist der Mühe wert, und Generaloberst von Heeringen ist der rechte Mann am rechten Platze.

Vermischtes.

— **Der Raubmord im Hotel Adlon.** Der Raubmord im Hotel Adlon in Berlin, dessen Opfer der Geldbriefträger Lange wurde, ist noch nicht aufgeklärt. Soweit bisher festgestellt werden konnte, hat der Mörder, der sich von Winterfeldt nannte, die Tat von langer Hand vorbereitet und ganz allmählich das Vertrauen des sonst sehr vorsichtigen Beamten gewonnen. Er sandte öfters Postanweisungen oder Nachnahmebriefe an sich und gab dann Lange bei diesen Gelegenheiten reichliche Spenden, namentlich auch an Nahrungsmitteln. Die Angaben über die Höhe der geraubten Wertstücke schwankt sonderbarerweise noch immer. Es sollen neben 8000 Mark Bargeld nicht weniger als 200 000 Mark in Wertpapieren fehlen! Wir haben schon neulich darauf hingewiesen, daß es unsinnig ist, durch die einzelnen Beamten solche hohen Beträge befördern zu lassen. Das „System" der Geldbeförderung bedarf jedenfalls dringend der Nachprüfung.

— **Der Kellnerstreik beendet.** Der Kellnerstreik in Berlin, der infolge der Schließung sämtlicher Lokale die Stadt in arge Mitleidenschaft gezogen hatte, ist durch den Schiedsspruch des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts am Sonntag mittag beendet worden. Der Trinkgeldzwang ist abgeschafft worden. Dafür erhalten die Kellner einen Wochenlohn von 80 bis 100 Mark bei achtstündiger Arbeitszeit.

— **Millionengeschäfte eines 21jährigen Rennstallbesitzers Berlin.** Die vor einiger Zeit entdeckten Millionengeschäfte des 21jährigen Rennstallbesitzers Alfred Stempel in Verbindung mit den Unterschlagungen des Angestellten des Bankhauses Bleichröder Richard Gericke bildeten den Gegenstand einer Arrestklage des genannten Bankhauses. Dabei wurde festgestellt, daß Gericke 10,7 Millionen Mark Kriegsanleihe aus dem Depot genommen und Stempel überlassen, der infolgedessen auf großem Fuße leben, einen Rennstall gründen und eine Gemäldegalerie anlegen konnte. Sechs Millionen Mark Kriegsanleihe wurden von der Dresdner Bank angehalten, über etwa 3 Millionen kann Stempel keine Auskunft geben. Er wird beschuldigt, das Geld nach der Schweiz geschafft zu haben. Das Arresturteil soll in acht Tagen gefällt werden.

Bücherschau.

Im Verlage des „Reichsboten" ist eine kleine Flugschrift „Vorwärts" erschienen. Wir möchten allen Parteifreunden im Lande die Verbreitung dieser Flugschrift angelegentlichst empfehlen. Auf nur 16 Seiten werden alle Fragen, die in dem bevorstehenden Wahlkampfe eine Rolle spielen werden, vom deutsch-nationalen Standpunkt aus eingehend erörtert. Sie ist ganz besonders zur Massenverbreitung geeignet und sollte sich schon vor Eröffnung des eigentlichen Wahlkampfes in der Hand jedes Wählers befinden. Die Schrift ist zu beziehen gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages von der Druckerei des „Reichsboten" in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37. Der Preis beträgt bei Abnahme von 50 Stück 20 Pfennig, bei 100 Stück 18 Pfennig, bei 500 Stück 16 Pfennig, bei tausend Stück 15 Pfennig, bei fünftausend Stück 14 Pfennig, bei zehntausend Stück und mehr 15 Pfennig. Porto und Verpackung zu Lasten des Empfängers.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Robert Lipski, für den Anzeigenteil: Max Spang. Druck und Verlag der Fürstentumer Zeitung, A.-G. Sämtlich in Köslin.

Bekanntmachung.

Um den Mangel an Kleingeld zu beheben, haben die städtischen Körperschaften beschlossen, außer den bestehenden 10 Pfennigstücken noch 50 Pfennigstücke als Notgeld einzuführen. Die Kleingeldersatzmarken sind sowohl in der Stadthauptkasse als in der Stadtsparkasse zu haben. Die Ersatzmarken haben nur Gültigkeit in der Stadt Köslin. Die Einlösung der Marken gegen die entsprechende Geldsumme findet gegebenenfalls wiederum bei den vorgenannten beiden Kassen statt.

Köslin den 7. Januar 919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Nach Mitteilung des Herrn Reichskommissars für die Kohlenverteilung soll in nächster Zeit die Kohlenlieferung ganz erheblich eingeschränkt werden. Wir sind dadurch zunächst gezwungen, die Züge 9, 10 11 und 12 Sonntags und Mittwochs ab Köslin 8.30 Uhr, ab Pollnow 2.35 Uhr und ab Bublitz 2.42 Uhr einzustellen. Sollte noch eine größere Einschränkung der Kohlenlieferung erfolgen, dann würden wir uns zu unseren Bedauern gezwungen sehen, noch weitere Zugverbindungen einzustellen.

Direktion der vereinigten Kleinbahnen der Kreise Köslin-Bublitz-Belgard.
Neff.

Bettnässen.

Erfolgreiche Befreiung. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. Sanitas-Depot Halle a. S. 125

Städtischer Fischverkauf.

Von morgen ab Verkauf für die Bezirke 18 und 19.

Köslin, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.

Oeffentliche Versteigerung

Freitag, den 10. Januar, vorm. 10 Uhr in Kleist von

2 Gespann Zugochsen (davon 1 Paar Simmentaler) nebst Geschirre, 1 kl. Wagen, Tafeln, Bänke, Bretter, Küchengerät, Kartoffeldämpfer, Schippen, Spaten, Hacken, Werkzeuge, Dezimalwagen, Decken, Wäsche u. dergl. m. Daselbst auch ein Posten Heu.

Weidegenossenschaft Nestbachtal.
J. A.: R. Dahnz.

Die nächste Plenarsitzung des Arbeiter- und Soldatenrats findet am Donnerstag, den 9. Januar, abends pünktlich ½8 Uhr, statt. Die Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

Köslin, den 7. Januar 1919.

Der Vollziehungsausschuß des Arbeiter- u. Soldatenrats Köslin.

Deutsche
Stahlfedern
(Heintze & Blanckertz)
Winkelspitze, Kugelspitze, Rundspitze.
„Fürstentumer Zeitung"
A.-G., Köslin.

Arbeitsmarkt.

Zum 1. April 1919 gesucht
1 Hofmeister u. 1 Arbeiterfamilie
mit 1–2 Hofgängern bei hohem Lohn, zu sofort
1–2 Pferdeknechte.
Schönfelde bei Crampe, Kreis Bublitz.

Ein verheirateter
Müller
sucht Stellung, am liebsten als Pacht- oder Deputant-Müller. Angebote erbeten unter Qu. 97 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Suche sogleich
Aufwärterin
für einige Stunden vor- und nachmittags. Frau Elsbeth Woeller, Danzigerstr. 43. 1.

Frauen
zur Arbeit verlangt
Mielke, Teßmarshof.

Suche wegen Verheiratung des jetzigen
tücht. Hausmädchen,
sauber, ehrlich, firm in Behandlung der Wäsche und im Plätten.
Offerten u. Gehaltsansprüche an
Frau von Hagen-Damerow, Post Ziezeneff, Pom.

Gebildetes Fräulein
wird nach Charlottenburg in f. Haus zu 2 Kindern (7 und 11 J.) gesucht. Kenntnisse in Sprachen u. Nähen erwünscht. Auskunft erteilt M. Jaeger, Bergstr. 25.

Erfahrener
Landwirt
26 Jahre alt, sucht sofort Stellung als Wirtschafter.
Offerten sind zu richten an das Kösliner Volksblatt unter R. 98.

Wohnungen, Zimmer.

4- bis 6-Zimmerwohnung
für sofort gesucht.
Promnitz, Hotel Kronprinz

Fortzugshalber komplette herrschaftliche
Drei-Zimmer-
Wohnungseinrichtung,
fast neu, bestehend aus Herren-, Eß-, Schlafzimmer und Küche, im ganzen, auch zimmerweise geteilt, preiswert zu verkaufen. Besichtig. vorm. von 9–11 Uhr.
König, Elisenstr. 21, part. r.

Einige
Arbeiterwohnungen
zum 1. April frei. Eine kleine Wohnung, elektr. Licht u. Stallung sofort.
Mühlenwerke Nedlin.

In Großmöllen ist eine
Wohnung
für Drescher oder Geldmann mit Hofgänger frei, auch wird ein Gärtner gesucht.
v. Schmeling.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Ein
Windmühlengrundstück
zu kaufen, oder zu pachten gesucht.
Mühlenbesitzer Lehmann, Todenhagen, Post Güdenhagen.

Ein Dreifamilienhaus
mit Stall u. 2 Morg. Gartenland, massiv und hartes Dach verkäuflich.
Näh beim Hofverwalter Treichel in Biziker.

Villa oder kleines **Landhaus**
mit Garten oder Ackerland in Köslin oder Vorort zu mieten gesucht.
Hauptm. Promnitz, Hotel Kronprinz.

An- und Verkäufe.

Gebraucht. nasses Element
zu kaufen gesucht. Angebote unter F. 1988 an die Geschäftsstelle des Kösliner Volksblattes.

Tiermarkt.

Ein achtjähriges
Pferd
steht zum Verkauf bei
Daller, Biziker.

Eine dunkelbraune, tragende
Zuchtstute
6jährig, aus dem Gestüt Labes. Abstammung: Adlatus u Othardo v. Oheim u. Mechthilde v. Maas, Süd, Commander in chif. Cardinal, Gladstone XX, Columbus XX, steht preiswert zum Verkauf.
Bauerhofsbesitzer G. Wendt, Zuchen bei Zanow.

Kaufe ständig Schlachtpferde.
Zahle dafür anerkannt höchste Preise und gebe jede gewünschte Garantie. Erbitte Angebote.
Theodor Fuchs,
Köslin, Fernsprecher Nr. 280.

Verschiedenes.

Schlacke
ist abzufahren.
Kaiser Wilhelm-Krankenhaus.

Am Montag, abends um halb 12 Uhr, verschied nach langem Leiden unser lieber Vater Bruder, Schwager, Onkel, Schwiegervater und Großvater, der Altsitzer

Eduard Porath

im Alter von 77 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an

Luise Kohlmeyer geb. Porath,
Franz Kohlmeyer,
Irma Kohlmeyer,
August Porath,
Auguste Reichow geb. Porath.

Meyringen, den 7. Januar 1919.

Beerdigung Freitag nachmittag 3 Uhr. Trauerfeier eine halbe Stunde früher.

Wegen Kohlenmangel ist der Betrieb geschlossen.

Belgarder Grützfabrik.

Die Abnahmen für Rinder, Kälber und Schafe finden für die Folge Montags auf sämtlichen Abnahmestellen statt. Kälber und Schafe sind vorher anzumelden.

Kösliner Viehverwertungs-Genossenschaft.

Wir nehmen Freitag, den 10. Januar,

Ferkel

im Gewicht von 8 bis 50 Pfund in Köslin, Altbanzin, Hohenfelde und Bahnhof Timmenhagen ab. Der Preis beträgt für das Pfund 2,00 Mark.

Kösliner Viehverwertungs-Genossenschaft.

Suche Güter

in Größe von 300, 500, 800 und 1000 Morgen für schnellentschlossene, zahlungsfähige Selbstkäufer und bitte um baldgefl. ausführl. Angebote.

F. Dalitz Nachfl., Danzig.

Suche

Villa oder Haus

im Werte von 30–40 000 Mark bei barer Auszahlung zu kaufen. Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter T. 100.

Aus dem Heeresdienst entlassen, nehme meine

Praxis

wieder auf.

Hans Lange, Dentist,
Markt 28, 1 Tr.

Am 15. Januar beginnt ein neuer Lehrgang in

Kurzschrift und Schreibmaschine.

Kaufmännische Privatschule von Frau Hedwig von Borcke.

Neuetorstr. 21, I. (Eing.: Ringstr.)

Stadttheater.

Sonntag, den 12. Januar 1919. Anfang 1/8 Uhr.

Gastspiel des Pommerschen Wandertheaters

(Dir. Rahn), z. Zt. Kolberg, Strandschloß.

Und die Liebe höret nimmer auf.

Schauspiel in 3 Akten nach dem berühmten Roman von Fr. E. Mahler.

Auftreten der 12jährigen Künstlerin Eva Rahn in ihrer Glanzrolle.

1. Bild: Verlorenes Glück.
2. Bild: Das Lied der Mutter.
3. Bild: In Liebe vereint.

Vorverkauf bei Herrn Lange, Markt-Ecke: Loge 3,00 Mk., Sperrsitz 2.50 Mk., 1. Platz 1.50 Mk., Stehplatz 1.– Mk., Abendkasse 25 Pfg. Aufschlag.

Landhaus

mit Landwirtschaft oder kleines Gut zu kaufen gesucht. Härtel, Altdamm, Hubertus.

Bettnässer

erhalten Auskunft umsonst bei Alters- und Geschlechtsangabe.

Sanis-Versand München 327.

Schutzverband der Kirche

vertritt für eine **selbständige Volkskirche** folgendes Mindestprogramm:

1. Gewähr ruhiger, besonnener Überleitung in eine neue Kirchenverfassung, soweit erforderlich,
2. Erfüllung der rechtlichen finanziellen Verpflichtungen des Staates für das Kirchenwesen,
3. Erhaltung des steuerlichen Charakters der Kirchenabgabe in irgend einer Form,
4. Schutz der Sonn- und Feiertagsheiligung,
5. Erhaltung des Religionsunterrichts in der Schule,
6. Erhaltung der theologischen Fakultäten an den Universitäten.

Diese Forderungen gilt es durchzusetzen für die Entwicklung inneren christlichen Lebens. Dazu ist äußerste Machtentfaltung der Mitglieder und Freunde der Kirche in unserer Provinz nötig. Darum die herzliche Bitte um sofortigen Anschluß (auch von Vereinen). Mitgliedsbeitrag 2 Mk. oder mehr. Meldungen sind zu richten an folgende Mitglieder vom

Arbeitsausschuß:

Stadtrat **Knust**, 1. Vorsitzender, Birkenallee 9,
Pastor **Münchmeyer**, 2. Vorsitzender, Augustastr. 23,
Buchhändler **Burmeister**, Schatzmeister, Elisabethstr. 53,
Konsul **W. Ahrens**, Pölitzerstr. 8, Frau Pastor **Bernhard**, Pölitzerstr. 33, Frau Geh.-Rat **Hempel**, Grabowerstr. 2, Frl. **Gertrud Hoppe**, Kronenhofstr. 19, Pastor Lic. **Jüngst**, Alte Falkenwalderstr. 5, Frau Major **v. Kritter**, Kaiser-Wilhelm-Str. 92, Kaufmann **Oskar Krüger**, Wickenberg 16, Gymnasialdirektor Geh. Studienrat Prof. Dr. **Nietzke**, Deutschestr. 14, Pastor **Renner**, Pestalozzistr. 7, Frau **Clara Schlegel**, Falkenwalderstr. 52, Pastor **Schröder**, Kronprinzenstr. 30, Apotheker **Visbeck**, Luisenstr. 6–7, sämtlich in **Stettin**. Mitglieder aus der Provinz werden noch hinzugewählt.

Gewerkverein der Heimarbeiterinnen.

Monatsversammlung

am Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 5 Uhr im Gemeindehause (Eingang von der Lazarettseite). Bericht von Frl. Oberlehrerin Caspar über ihre Erlebnisse in Amerika. Erscheinen aller Mitglieder erwünscht.

Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen

Maschb.- u. Elektr.-Ing.-, Werkm.-Abt.

Dir. Prof. Huppert

Wiederhol. Kurse f. Kriegsteiln. Mitte Jan. 1919.

Auskunft umsonst bei

Schwerhörigkeit,

:: Ohrgeräusch ::
nerv. Ohrschmerzen.
Glänzende Anerkennungen
Sanis-Versand München. 6261

Engl., frz., math. u. and. Unterricht ert. gepr. Lehrerin. Angeb. u. K. 94 an das Kösl. Volksbl. erbet.

Zur Aufklärung!

Wie arbeitet die Deutsche Volkspartei gegen uns!

Sie wagt in einem Flugblatt, das die Unterschriften sämtlicher Vorstandsmitglieder trägt, zu behaupten: „Eine Stärkung der Deutschnationalen Volkspartei bedeutet zugleich eine Stärkung der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Spartakusgruppe". Mit dieser Unterstellung hat die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf einen Ton angeschlagen, wie er bisher hier in Köslin nicht üblich war. Ein derartiges Verhalten sollte zwischen Parteien ausgeschlossen sein, deren Zentralleitungen dahin streben, die Listen miteinander zu verbinden.

Warum greift die Deutsche Volkspartei zu diesem verwerflichen Mittel!

Weil sie sachlich gegen uns nichts einwenden kann.

Der Deutschnationale Volksverein Köslin.

Deutschnationale Volkspartei.

Donnerstag, am 9. Januar, abends 7½ Uhr

öffentliche Versammlung

bei Zels.

1. Redner: Syndikus der Handwerkskammer Mentzel-Stettin.
Thema: **„Der Mittelstand in Gefahr!"**

2. Redner: Universitätsprofessor Dr. Kähler-Greifswald.
Thema: **„Die Ziele der deutschnationalen Volkspartei."**

Frauen und Männer Köslins sind herzlichst eingeladen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Versammlung nicht um 6,30 Uhr, sondern um 7.30 Uhr beginnt, da die Lichtbeschränkung für Köslin nicht in Kraft getreten ist.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.
Dr. Zubke, Vorsitzender.

Deutschnationale Volkspartei.

Freitag, den 10. Januar, abends 6 Uhr in Biziker (Gasthof Krause)

öffentliche Versammlung.

Bauerhofsbesitzer Peglow-Streitz spricht über das Thema:

„Die deutschnationale Volkspartei und die ländliche Bevölkerung".

Deutschnationaler Volksverein Köslin.
Dr. Zubke, Vorsitzender.

Deutschnationale Volkspartei.

Oeffentliche Versammlungen

am Sonntag, dem 12. Januar, nachmittags 1.30 Uhr in Schulzenhagen, Gasthof Holz;
abends 6 Uhr in Strachmin, Gasthof Bardtke.

Alle Männer und Frauen, besonders auch Landarbeiter, sind eingeladen.

Deutschnationaler Volksverein Köslin.
Dr. Zubke, Vorsitzender.

Habe mich als

Spezialarzt für Lungenleiden

niedergelassen.

Kolberg, Domstr. 1, I (Ecke Wallstr.) Tel. 472.

Dr. med. Schmidt.

Sprechstunden: vorm. 8–9, 11–12, nachm. 4–5. Mittwochs nur nach Vereinbarung, Sonnabend und Sonntag nur 8–9.

Deutsche Volkspartei.

Oeffentliche Versammlungen

Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags 6 Uhr:

Krettmin-Augustin

bei Bauerhofsbesitzer Lenzing;

nachmittags 3 Uhr

Kleist-Wussecken

bei Gastwirt Müller;

nachmittags 6 Uhr

Zuchen

bei Gastwirt Schlage;

nachmittags 6 Uhr

Biziker-Parnow

bei Gastwirt Krause.

Der Nationalliberale Verein Köslin.

Gewerkschaft der im öffentlichen Dienst stehenden Beamten und Arbeiter in Köslin.

Mitgliederversammlung

am Freitag, dem 10. Januar, nachmittags 5 Uhr bei Lüdtke.

Herr Berufsberater Lockwitz aus Stettin, Vorsitzender des Stettiner Allgemeinen Beamtenbundes, spricht über:

Beamtenfragen im Zusammenhange mit den Wahlen zur Nationalversammlung.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. Auch die der Gewerkschaft nicht angehörigen Beamten, sowie die im Ruhestande lebenden Beamten, Beamtinnen und Lehrer werden eingeladen.

Küttner, Vorsitzender.

Kriegerverein Parnow-Tessin.

Versammlung

am Sonntag, dem 12. Januar, nachmittags 4 Uhr im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Frauengruppe der Deutschen Volkspartei.

Freitag abend 8 Uhr im Gesangszimmer bei Lüdtke

Gemütl. Zusammensein der Mitglieder zwecks Aufklärung in polit. Fragen.

Durch Mitglieder eingeführte Frauen können teilnehmen.

Wir empfehlen

Kalender für 1919

Blitzwochenkalender

mit Datumschieber, jeder Tag einzustellen, an jedem Tag Platz für Notizen.

Preis M. 1.50

Vaterländische Volkskalender

von der konservativen Schriftenvertriebsstelle, mit Wandkalender a M. –.50.

Zusendungsporto 15 Pfg. bezw. 5 Pfg. besonders.

„Fürstentumer Zeitung" A.-G., Köslin.

Postscheck Danzig 1989.

Bin vom Heeresdienste entlassen.

Wilh. Kumm,
Töpfermeister,
Große Baustraße 17.

Stärksten

Chlorkalk

zum Desinfizieren.

Drogerie J. Nowak.

Ostern oder später findet Schüler (Quarta oder Tertia Gymnas.) ok. Gefährte für einen Knaben in gut. Hause

liebevolle Aufnahme.

Angebote erbeten unter P. 96 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Dampfbad, Zinkbadewanne, Spiegel, Tische, Lampen, Glas- u. Porzellangeschirr zu verkaufen von 9–11, 2–4 Uhr

Gärtnerstr. 7, 1 Trp. rechts.

Stadtgut

3 Klm. von Stadt u. Bahnhof in Kr. Neustettin, 200 Morgen groß, durchweg rottleesicher, g. Gebäude, gutes Inventar, soll, weil Besitzer gestorben verkauft werden.

Angebote unter E. 99 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Anzeigen aus Zanow.

Bekanntmachung.

Viehumlage.

Das Landesfleischamt hat angeordnet, daß jedes zur Schlachtung geeignete Pferd, das von einem Landwirt abgegeben wird, gleich einem halben Rinde auf seine jetzige oder künftige Schlachtviehumlage angerechnet wird.

Schlawe, den 30. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
von Schelitha.

Veröffentlicht!

Zanow, am 6. Januar 1919.

Von jeder Abgabe eines Pferdes ist hierher Mitteilung zu machen.

Der Magistrat.